

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Litauen



Din il-paġna ġiet tradotta awtomatikament u l-kwalità tagħha ma tistax tkun garantita.

1. Verfassungsrechtlichen Grundlagen
2. Justiz
 - #II
4. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen
5. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in
6. Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen
7. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten
8. Klagebefugnis
9. Rechtliche Vertretung
10. Nachweise
11. Vorläufiger Rechtsschutz
12. Kosten
13. Finanzhilfe-Mechanismus
14. Aktualität
15. Sonstiges
16. Ein Ausländer, der
17. Grenzüberschreitende Rechtssachen

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Es gibt kein Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt günstigen usw., die in der Verfassung verankert. Dieses Recht kann jedoch aus anderen Artikeln der Verfassung. Der Begriff des Umweltschutzes ist in mehreren Artikeln der Verfassung: „Der Staat muss jede einzelne und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen zu schützen (Artikel 53 Absatz 3); „der Staat“ befasst sich mit dem Schutz der natürlichen Umwelt, die Tier- und Pflanzenwelt, Naturschutz und getrennte Gegenstände besonders wertvoll sind, und überwacht die moderaten Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie deren Wiederherstellung und Erweiterung. Die Erschöpfung der Flächen und Elemente der Erde, Wasser- und Luftverschmutzung, zur Herstellung von Strahlung und die Verarmung der Tier- und Pflanzenwelt, gesetzlich verboten werden“ (Artikel 54). Die Verfassung garantiert den Zugang zu den Gerichten: „Jede Person, die in ihren verfassungsmäßigen Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, hat das Recht, einen Rechtsbehelf bei Gericht“ (Artikel 30 Absatz 1). Die Bürgerinnen und Bürger können Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren einleiten, da die Umweltvorschriften. Sie können nicht direkt, sondern das verfassungsmäßige Recht auf Umwelt geltend machen. Die ratifizierten internationalen Verträgen durch das Parlament (Seimas) sind wesentlicher Bestandteil der Rechtsordnung (Art. 138 (3)). Im Falle von Konflikten, internationale Abkommen haben Vorrang vor dem nationalen Recht (Art. 11 (2) des Gesetzes über internationale Verträge). Parteien auf das Völkerrecht berufen kann. Das Übereinkommen von Aarhus ist ohne zusätzliche nationale Rechtsvorschriften wirksam. Verwaltungsbehörden und Gerichte zur Durchführung dieses Vertrags.

II). Justiz

Litauen hat eine doppelte Justizsystem mit den ordentlichen Gerichten ordentlicher Gerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichten der besonderen Gerichtsstände. Die Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit für Zivil- und Strafsachen, sind der Oberste Gerichtshof von Litauen (1), Litauen (1) und auf der Ebene der ersten Instanz, die regionalen Gerichte und die Bezirksgerichte (54) (5).

Bezirksgerichte in einigen Fällen auch innerhalb ihres Hoheitsgebiets von Ordnungswidrigkeiten geregelt sind. Die regionalen Berufungsgerichte, des Berufungsgerichts und des Obersten Gerichtshofs von Litauen haben eine zivil- und strafrechtlichen Bereich. Der Oberste Gerichtshof von Litauen wird der Richter Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen und Beschlüssen der anderen Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit. Nachhaltige Städtepolitik fördert die Entwicklung einer einheitlichen Praxis der Gerichte bei der Auslegung und Anwendung von Gesetzen und anderen Rechtsakten befindet. Dem Obersten Verwaltungsgericht Litauens (1) und (5) sind die Verwaltungsgerichte hat eine Reihe von Gerichten mit besonderer Zuständigkeit in Streitigkeiten zwischen Bürgern und Behörden verwaltungsrechtliche Angelegenheiten. Das Oberste Verwaltungsgericht ist ein erster und letzter Instanz, Gericht für Verwaltungssachen zuständig sind. Es handelt sich um ein Rechtsmittel bei Gericht, Entscheidungen und Beschlüsse von den Verwaltungsgerichten sowie für die Fälle, in denen von den Bezirksgerichten Ordnungswidrigkeiten beschlossen. Der Verwaltungsgerichtshof ist auch ein Verfahren für die Anhörung in den im Gesetz festlegten Fällen – auf die Wiederaufnahme von Petitionen abgeschlossen, einschließlich der Straftaten. Das Oberste Verwaltungsgericht entwickelt, dass die Verwaltungsgerichte eine einheitliche Praxis bei der Auslegung und Anwendung von Gesetzen und anderen Rechtsakten befindet. Die Gerichte sind nicht spezialisiert auf bestimmte Arten von verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten. Einige Spezialisierung besteht nur auf der Ebene der Ermittlungsbehörden (z. B. die Kommission für Steuerstreitigkeiten). Die Ermittlungsbehörden sind die kommunalen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten (Savivaldybių visuomeninės administracinių ginčų Komisijos verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten und Vyriausioji administracinių ginčų komisija (Kommission)). Anträge auf verwaltungsrechtliche Streitsachenausschüssen oder der Kommission für Steuerstreitigkeiten vor Einreichung einer Klage bei einem Verwaltungsgericht ist nicht zwingend, außer im Falle von Fragen nach den geltenden Gesetzen. Es gibt keine besonderen Gerichten, Gerichtshöfen oder Umweltschutzbehörden in Litauen. Provisionen und Verwaltungsgerichten Verwaltungsstreitverfahren uneingeschränkt durchzuführen, einschließlich der Überprüfung der Verwaltungsakte in Umweltangelegenheiten handelt. Allgemeine Zuständigkeit der Bezirksgerichte Umweltschadensfällen behandelt werden. Einige staatliche Institutionen unter der Aufsicht des Umweltministeriums kann in Umweltangelegenheiten vorgerichtliche Ermittlungen in Fällen, die das Gesetz vorsieht (z. B. der staatlichen Aufsichtsbehörde für Raumplanung und Baugewerbe, und dem Staatlichen Dienst für Schutzgebiete). Die Gerichte können nur in Umweltangelegenheiten nicht hören. Es besteht keine Möglichkeit, auf ein anderes Gericht gelten. Nur die Möglichkeit für die Kommission ein Verwaltungsstreitverfahren vor einem Verwaltungsgericht, der Fall. Auch wenn es keine allgemeine Regel, dass Verwaltungsakte sind, bei einer höheren Verwaltungsbehörde angefochten oder eine unabhängige Stelle, die ein Gericht vor. Der internen Überprüfung von Verwaltungsakten und Unterlassungen muss also nur in bestimmten Arten von verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten (z. B. im Bereich der sozialen Sicherheit) oder Steuerstreitigkeiten beanstandet. Anträge auf verwaltungsrechtliche Streitsachenausschüssen oder der Kommission für Steuerstreitigkeiten vor Einreichung einer Klage bei einem Verwaltungsgericht einlegen kann auf freiwilliger Basis ausgewählt werden. Nur nach den geltenden Gesetzen in Bereichen, die unter den Anwendungsbereich dieses Ermittlungsverfahrens Verfahren vorgeschrieben ist. Jede interessierte Person an ein Gericht wenden kann, die für die Wahrung seiner Rechte oder Interessen verletzt oder angefochten werden durch das Gesetz geschützt werden (Artikel 5 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren (LAP)). Jeder Antragsteller hat ein Verwaltungsakt, Herausforderungen, um nachzuweisen, dass ein besonderes Interesse an der Nichtigerklärung dieses Rechtsakts. Nur bei einem Verwaltungsgericht einen Antrag als einzelnen zum Schutz seiner eigenen Rechte oder Interessen verletzt oder angefochten werden (Artikel 5 Beckengurt zulässig ist). Es ist möglich, einen Antrag auf Schutz des Staates oder anderer öffentlicher Interessen bei der Staatsanwaltschaft, Organisationen, staatlichen Kontrolleure, anderen staatlichen Organen, Einrichtungen, Organisationen oder natürlichen Personen, sondern nur in den gesetzlich festgelegten Fällen (Artikel 56 Beckengurt). Petition/Beschwerde kann beim Verwaltungsgericht eingelegt werden, innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung der angefochtenen Handlung, auf den Tag der Verkündung des betreffenden Rechtsakts an den Betroffenen, die Mitteilung der betroffenen Handlung (oder Unterlassung) innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag des Ablaufs der Frist durch ein Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift, der der für die Einhaltung der Nachfrage. Wenn die öffentliche Stelle die Verzögerungen der internen Verwaltung oder zu einer bestimmten Frage zu lösen und nicht innerhalb der Zahlungsfrist, die eine Beschwerde wegen Untätigkeit (in diese Verzögerung) eingelegt werden kann, innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag des Ablaufs der Frist durch ein Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift zur Lösung des Problems. Werden keine Fristen für die Einreichung von Petitionen für die Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Rechtsakte durch die Verwaltungsgerichte. Die Entscheidung von einer verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, die Kommission oder andere Einrichtungen, die der außergerichtlichen Streitbeilegung zur vorläufigen Untersuchung nahm nach Prüfung einer verwaltungsrechtlichen Streitigkeit in Übereinstimmung mit der außergerichtlichen Verfahren, können bei einem Verwaltungsgericht eingelegt werden innerhalb von 20 Tagen nach dem Eingang der Entscheidung mit (Artikel 33).

Wenn anerkannt wird, dass die Frist für die Einlegung einer Beschwerde nicht eingehalten worden sind, aus guten Gründen auf Antrag des Anspruchsberechtigten gewähren kann, das Verwaltungsgericht die Wiederherstellung des Status quo ante. Die Petition für die Wiederherstellung des Status quo ante gibt die Gründe für die Nichteinhaltung der Frist die Nachweise und legt die Gründe für die Nichteinhaltung dieser Frist. Es gibt keine besonderen Kontrollverfahren vor Verwaltungsgerichten. Die Übereinstimmung der Beschwerde nur die formelle Anforderungen sowie die Fristen für die Einlegung einer Beschwerde geprüft werden, um zu entscheiden, ob eine Beschwerde zulässig ist. Artikel 23 legt die Mindestanforderungen der Runde der Beschwerde an die Verwaltungsgerichte. Außer in den gesetzlich vorgesehenen Fällen, Beschwerden und Petitionen erhalten und

vor den Verwaltungsgerichten erst nach der Zahlung der Stempelgebühr. Die Unterstützung einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts ist nicht verbindlich vorgeschrieben für Verwaltungsgerichte. Die Parteien des Verfahrens vor Gericht ihre Interessen verteidigen können, selbst oder über ihre Vertreter. Der Verwaltungsgerichtshof den angefochtenen Verwaltungsakt aufzuheben (auch teilweise). Der Gerichtshof ist auch die geeignete Stelle zur Behebung der von der Verwaltung begangenen Verletzung oder andere Beschlüsse des Gerichtshofes (Artikel 88 Beckengurt). Das Verwaltungsgericht nicht verändern könne der Verwaltungsakt kann aber die staatliche Einrichtung (Pass) zur Ausarbeitung eines neuen Verwaltungsaktes. Die Entscheidung des Gerichts, diese neue Verwaltungsakt enthalten können. Es existieren keine speziellen Regelungen, die im Gesetz über Verwaltungsverfahren in Umweltangelegenheiten zu fällen. Es besteht die Möglichkeit, eine Petition zum Schutz des Staates oder anderer öffentlicher Interessen, einschließlich Umweltfragen. Die Möglichkeit, eine Sache an ein Gericht in Umweltangelegenheiten im Übereinkommen von Aarhus verankert ist. Es gibt keine Begrenzung für natürliche oder juristische Personen zur Klageerhebung vor einem Verwaltungsgericht eingelegt werden. Es besteht die Möglichkeit, eine Beschwerde zu erheben oder zum Schutz eines anderen öffentlichen Interesses, für die staatliche Kontrolle der Verwaltung, Unternehmen, andere staatliche Organe, Agenturen, Einrichtungen oder natürlichen Personen, sondern nur in den gesetzlich festgelegten Fällen (Artikel 56 Beckengurt). Und das ist auch im Bereich des Umweltschutzes. Darüber hinaus können die Gerichte in Fällen, die sich auf Streitsachen zwischen öffentlichen Verwaltungen, die einander nicht untergeordnet werden, Verstöße gegen Gesetze oder der Zuständigkeit für Zivilsachen, es sei denn, die Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit. Öffentliche Stellen sind nicht berechtigt, ihre eigenen Verwaltungsakte vor Verwaltungsgerichten. Wenn die Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsakts gegen das öffentliche Interesse, die Staatsanwaltschaft oder andere Personen nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen, kann dieser Fall vor Gericht bringen. Der Richter in der Regel nicht das Recht haben, ein Verfahren einzuleiten. Wenn aber ein Richter Informationen über ein Strafverfahren zu unterrichten, muss er mit der Staatsanwaltschaft (Artikel 109). Der Fall ist noch nicht abgeschlossen, sobald der Gerichtshof kann „aktiv“ an dem Verfahren teilzunehmen, indem sie zum Nachweis, zur Ernennung von Zeugen, Sachverständigen usw.

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

Ein Antragsteller, der der Ansicht ist, sein Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen sei von einer Behörde nicht beachtet, fälschlicherweise (ganz oder teilweise) abgelehnt oder unzulänglich beantwortet worden, hat Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einer verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten Kommission. Die Kommission kann Berufung eingelegt werden innerhalb eines Monats nach Eingang der Informationen oder innerhalb eines Monats ab dem Tag, an dem die Informationen bereitgestellt wurden. Die Entscheidung der Kommission kann beim Verwaltungsgericht eingelegt werden innerhalb von 20 Tagen nach dem Tag des Eingangs der Entscheidung. Im Falle der Ablehnung muss der öffentlichen Verwaltung ein Verwaltungsakt erlassen muss, die klar formuliert, enthalten alle Rechte und Pflichten sowie die spezifischen Berufungsverfahren (Artikel 6 und 8 des Gesetzes über die öffentliche Verwaltung). Die Gründe für die Verweigerung von Informationen sind dem Antragsteller innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Aufforderung der Behörde (Artikel 19 Beschluss über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, genehmigt durch Beschluss der Regierung Nr. 1175). Der Antrag kann schriftlich oder mündlich unterbreitet werden. Die Angaben können mündlich erteilt werden, wenn der Antragsteller eine schriftliche Antwort beantragt wird. Die Anforderungen an das schriftliche Ersuchen sind:

- Name des Schiffes,
- die Kontaktdaten,
- Die angeforderten Informationen,
- Die Form der Angabe der Informationen.

Ist der Antragsteller ein Interesse haben. Wenn ein Antragsteller Anträge auf Bereitstellung von Informationen in einer bestimmten Form (beispielsweise als Kopie), so entspricht die Behörde diesem verfügbar (es gibt einige Ausnahmen nach Artikel 9 der Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen). Die Informationen werden dem Antragsteller innerhalb von 14 Kalendertagen nach Eingang des Antrags bei der Behörde. Diese Amtszeit kann verlängert werden, mindestens 14 Kalendertage. Ein Antrag auf eine administrative Streitsachenausschüssen vor einem Verwaltungsgericht, die im vorliegenden Fall vorgeschrieben ist. Sämtliche Informationen, die dem Gerichtshof zur Verfügung gestellt werden muss, wenn der Gerichtshof dies beantragt. Diese Informationen können Einfluss auf die Entscheidung des Gerichts. Einer der Arten von Entscheidungen der Verwaltungsgerichte ist die Erfüllung der Beschwerde (aufzuheben, der Klage stattzugeben und die angefochtene Handlung (oder einen Teil davon) oder die entsprechende Einrichtung der Verwaltung zur Beseitigung der Verstöße begangen oder gegen eine andere Anordnung des Gerichts (Artikel 88 Absatz 2 BECKENGURT). Gerichte können Informationen offengelegt werden müssen.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Das Verwaltungsverfahren wird durch das Gesetz über den öffentlichen Dienst für alle verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten einschließlich Umweltfragen. Die wichtigsten Rechtsvorschriften im Umweltbereich im Umweltschutzgesetz vorgeschrieben ist. Andere Gesetze und Rechtsakte erlassen, die den Umweltschutz auf der Grundlage dieses Gesetzes. Das Umweltschutzgesetz sieht die wichtigsten Wirtschaftszweige, für die die Genehmigung. Es gibt viele Arten von Genehmigungen (Baugenehmigung, Genehmigung, EIA), die IVU-Richtlinie und andere in besonderen Gesetzen geregelt sind und andere Rechtsakte, die diese Rechtsakte (die Voraussetzungen für eine solche Erlaubnis zuständig sind, den Organen, für die besondere Vorschriften für die Verfahren bisweilen), aber die grundlegenden Prinzipien für die Verwaltungsverfahren sind in dem Gesetz über die öffentliche Verwaltung. Die Verwaltungsbehörde einen Rechtsbehelf gegen eine Verwaltungsentscheidung sein können, die ausschließlich eine Verpflichtung (die in dem Gesetz vorgesehenen Fällen) oder alternative (die Person hat die Wahl zwischen einer Behörde oder das Gericht). Es besteht die Möglichkeit, der Kommission eine verwaltungsrechtliche Streitigkeiten gelten, die vor einem Verwaltungsgericht. Erstinstanzliche verwaltungsrechtliche Entscheidung kann direkt von einem Gericht getroffen werden. Anträge auf verwaltungsrechtliche Streitigkeiten Kommissionen vor Einreichung einer Klage bei einem Verwaltungsgericht ist nicht zwingend, außer im Falle von Fragen nach den geltenden Gesetzen. In Ermangelung spezieller Bestimmungen über die Notwendigkeit von Rechtsvorschriften einen Rechtsbehelf vor Einreichung einer Klage bei einem Verwaltungsgericht eingelegt werden, Verwaltungsentscheidungen können direkt bei einem Verwaltungsgericht. Die Verwaltungsgerichte die formelle Rechtmäßigkeit überprüfen und auch die materielle Rechtmäßigkeit sämtlicher Verwaltungsentscheidungen. Die Gerichte prüfen die materiellen, technischen Feststellungen und Berechnungen, die bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Planung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung durch die Verwaltungsgerichte kontrolliert wird. Die Voraussetzungen für die Klagebefugnis, Beweisregeln, Regeln für die Anhörung oder den Umfang der Prüfung durch den Gerichtshof nicht speziell für die Fälle in Umweltangelegenheiten. Natürliche oder juristische Personen haben das Recht, eine Beschwerde zu erheben (Antrag) wegen eines Verwaltungsakts, wenn ihre Rechte verletzt wurden. In den gesetzlich vorgesehenen Fällen es möglich ist, eine Beschwerde zum Schutz des Staates oder einer anderen öffentlichen Interesse (einschließlich Zinsen). Gruppen und Organisationen, gegen die ein Rechtsmittel einlegen kann, die ihre eigenen Interessen Maßnahmen (Vorhandensein, Immobilien, Betriebsbedingungen), und fordert Schadensersatz für den materiellen und immateriellen Schaden, den sie erleiden. Sie können jedoch auch vor Gericht gehen, das öffentliche Interesse zu schützen, der von Ihnen vertretenen Person, soweit es die regulatorischen oder dieses öffentliche Interesse mit der angefochtenen Maßnahme beeinträchtigt. Der Rechtsstreit, in private Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die Beweislast trägt der Kläger. Zur Abschwächung dieses Prinzips ist jedoch in den Streitsachen, insbesondere wenn die Beweismittel befinden sich in den Händen der Verwaltung oder, im Fall von Haftung für den Fall des Petenten aus Vermutungen zu befreien, die er über die Schuld und die Verwaltung verpflichtet sei, zu beweisen, dass sie keinen Fehler begangen. In Anbetracht der den inquisitorischen Charakter des Verfahrens der Verwaltungsrichter, die tatsächlich über beträchtliche Untersuchungsbefugnisse zur Ermittlung des Sachverhalts beiträgt. Falls erforderlich, kann er die Mitteilung der Schriftstücke verlangen von ihm folgen oder zu bestimmten Handlungen Ermittlungen oder Prüfung von Unterlagen direkt durch den Besuch von Orten, die durch die Teilnahme an Anhörungen oder Sachverständigengutachten). Der Richter muss sich aktiv an der Erhebung von Beweismitteln. Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes über Verwaltungsverfahren enthält den Grundsatz, dass das Verfahren werden in einer öffentlichen Anhörung vor.

Die Verwaltungsrichter hat die volle Kontrolle über ein Verwaltungsakt. Ein Verwaltungsakt ist (teilweise) rückgängig gemacht werden, wenn sie:

1. per se illegal, d. h., die von ihrem Inhalt im Widerspruch zu einer höherrangigen Rechtsvorschriften;
2. Der illegale aufgrund von einer unzuständigen Stelle erlassen worden;
3. rechtswidrig, weil sie unter Verstoß gegen die geltenden Verfahren, insbesondere gegen die Vorschriften zur Gewährleistung einer objektiven Bewertung aller Umstände und die Gültigkeit der Entscheidung. Die angefochtene Handlung (teilweise) rückgängig gemacht werden, können auch aus anderen Gründen als durch das Verwaltungsgericht mit (Artikel 89).

Die Screening- und Scoping-Beschlüsse der UVP sind und Verwaltungsentscheidungen von den Gerichten überprüft werden kann. Die Voraussetzungen für die Klagebefugnis, Beweisregeln, Regeln für die Anhörung oder den Umfang der Prüfung durch den Gerichtshof nicht speziell für diese Fälle. Die endgültige Entscheidung ist ebenfalls eine Verwaltungsentscheidung und von den Gerichten überprüft werden kann. Die Verwaltungsgerichte die formelle Rechtmäßigkeit überprüfen und auch die materielle Rechtmäßigkeit sämtlicher Verwaltungsentscheidungen. Die Gerichte prüfen, wenn sie technische Feststellungen und Berechnungen sind der Entscheidung zugerechnet. Die Umweltverträglichkeitsstudie kontrolliert wird, da es sich um das wichtigste Aspekt der verfahrensrechtlichen Rechtmäßigkeit. Das Erfordernis eines notwendigen Interesse tätig werden kann, hat der Leiter der Bedingungen für die Zulässigkeit eines Rechtsmittels. Es ist nicht erforderlich, in die Phase der Anhörung der Öffentlichkeit wurden Bemerkungen übermitteln oder einen ständigen vor Verwaltungsgerichten. Die betroffene Öffentlichkeit hat das Recht, eine Beschwerde einzureichen (Antrag) über die UVP Verwaltungsakts im Hinblick auf den Schutz des öffentlichen Interesses (Artikel 15 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten wirtschaftlichen Tätigkeit). Bestehen keine besonderen Vorschriften für die UVP Verfahren. Die Befreiung ist in allen Fällen in Verwaltungssachen. Gemäß Artikel 71 des

Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren – der Gerichtshof oder das Gericht kann auf begründeten Antrag des Beteiligten oder auf seine eigene Initiative Maßnahmen ergreifen, um eine Klage zu erheben. Die Angabe kann in jeder Phase des Verfahrens vorläufige Maßnahmen zu treffen, wenn eine Forderung behindern können, um die Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidung oder die Entscheidung nicht vollstreckbar. Bestehen keine besonderen Vorschriften für die UVP Verfahren. Alle administrativen Entscheidungen durch die Verwaltungsgerichte überprüft werden kann. IPPC Entscheidungen und anderen Entscheidungen über die Genehmigung kann auch durch die Verwaltungsgerichte überprüft werden. Die Voraussetzungen für die Klagebefugnis, Beweisregeln, Regeln für die Anhörung oder den Umfang der Prüfung durch den Gerichtshof nicht speziell für diese Fälle. Die Verwaltungsgerichte die formelle Rechtmäßigkeit des IPPC und der materiellen Rechtmäßigkeit der Beschlüsse sowie die Rechtmäßigkeit sämtlicher Verwaltungsentscheidungen. Zu untersuchen sind auch die Feststellungen, technischen Unterlagen und Berechnungen des IPPC gelten, wenn diese Elemente der Entscheidung angehört. Es ist nicht erforderlich, in der Phase der Anhörung der Öffentlichkeit zu äußern oder über eine Klagebefugnis vor Verwaltungsgerichten. Die betroffene Öffentlichkeit hat das Recht, eine Beschwerde einzureichen (Anwendung der IVU-Richtlinie Verwaltungsakt), die zum Schutz des öffentlichen Interesses (Artikel 87 der Regeln für die Ausgabe, Erneuerung und Widerruf von IVU-Genehmigungen, genehmigt durch das Umweltministerium von Litauen die laufende Nummer 80 in 2002). Gemäß Artikel 71 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren – der Richter des Gerichts oder Maßnahmen ergreifen können, um eine Klage zu erheben. Bestehen keine besonderen Vorschriften für IVVU-Verfahren.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

Gemäß Artikel 7 Absatz 8 des Gesetzes über den Umweltschutz, der betroffenen Öffentlichkeit eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen haben das Recht, Klage vor Gericht:

1. darauf zu bestehen, dass die Bestrafung von Personen, die Umwelt zu gefährden und deren Entscheidungen der Beamten, deren Rechte oder Interessen verletzt haben;
2. zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung der Umweltschäden und zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der Umwelt.

Natürliche und juristische Personen, die Schäden an der Umwelt, alle Verluste zu entschädigen, und, wenn möglich, die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustand des Umweltschutzgesetzes (Artikel 32). Das Recht, Anträge auf Schadensersatz an:

1. natürliche und juristische Personen, deren Gesundheit, Sachwerten oder Interessen verletzt worden sind;
2. Das Ministerium für Umwelt der Beamten und anderen Bediensteten beschädigt wurden, gegen die Interessen des Staates (Artikel 33 Absatz 1) Gesetz über das Umweltrecht).

Juristische Personen unterliegen, unabhängig von ihrer zivilrechtlichen Haftung für jeglichen Umweltschaden, Schuld oder der tatsächlichen Gefahr eines erheblichen Schadens aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (Artikel 34 Absatz 2 Gesetz über das Umweltrecht). Anträge auf den Schutz der Umwelt unmittelbar zugeleitet werden kann beim Verwaltungsgericht gegen Entscheidungen oder Unterlassungen der öffentlichen Einrichtungen (der Staat oder lokale Behörden). Der Verwaltungsgerichtshof den angefochtenen Verwaltungsakt aufzuheben (teilweise) oder die öffentliche Stelle, die zur Behebung der Verletzung begangen oder sonstige Anordnungen des Gerichtshofes. Das Verwaltungsgericht dem Antrag entsprochen werden kann („der Antrag“) und für Schäden durch illegale Handlungen staatlicher Stellen. Die staatliche Verwaltung des Umweltschutzes erfolgt durch die Regierung der Republik, das Umweltministerium, Umweltschutzagentur, die regionalen Umweltschutzämter, die andere staatliche Behörden (z. B. staatliche Aufsichtsbehörde für Raumplanung und Baugewerbe, Unternehmen, staatlichen Diensts für Schutzgebiete und Nationalparks Direktionen und die lokalen Gebietskörperschaften). Das Verwaltungsverfahren wird durch das Gesetz über den öffentlichen Dienst für alle Fragen des Verwaltungsrechts. Gibt es keine speziellen Vorschriften für Umweltangelegenheiten. Wird das Verwaltungsverfahren abgeschlossen und die Entscheidung über die Verwaltungsverfahren werden innerhalb von 20 Arbeitstagen ab dem Beginn des Verfahrens. Diese Amtszeit kann verlängert werden, für einen Zeitraum von nicht mehr als 10 Tagen (Artikel 31 des Gesetzes über die öffentliche Verwaltung). Eine Person hat das Recht, einen Rechtsbehelf gegen eine Entscheidung über die Verwaltungsverfahren, die von einer Einrichtung der öffentlichen Verwaltung, nach seiner Wahl entweder zu einem Verwaltungsstreitverfahren vor einem Verwaltungsgericht oder der Kommission im Einklang mit dem Verfahren von Rechtsvorschriften (Artikel 36 des Gesetzes über die öffentliche Verwaltung). Das Verwaltungsgericht kann zum Widerruf der Entscheidungen der zuständigen Behörden (teilweise) oder die zuständige Behörde dazu verpflichtet, die zur Behebung der Verletzung oder andere Beschlüsse des Gerichtshofes (Artikel 88 Beckengurt). Es gibt keine spezifische Regelung über die Haftung für das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten. Die ordentlichen Gerichte sind für die Bearbeitung von Fällen, die die Umwelthaftung. Die Möglichkeit, Anspruch auf Ersatz des Schadens nach den Regeln der Artikel 32 bis 34 des Gesetzes über den Umweltschutz. Es gibt mehrere Möglichkeiten zur Durchsetzung der Umwelthaftung. Jede Möglichkeit beruht auf spezifischen Bedingungen. Die Person kann von der zuständigen Behörde verlangen, wenn die Umwelt geschädigt wird. Der

Beschluss der zuständigen Behörde kann vor dem Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt werden. Natürliche und juristische Personen, deren Gesundheit, Sachwerten oder Interessen beeinträchtigt worden, können direkte Schadenersatzklagen vor den ordentlichen Gerichten. Solche Angaben können die zuständigen Bediensteten beschädigt wurden, wenn die Interessen des Staates.

VI. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

Alle gerichtlichen Verfahren, verwaltungs-, zivil- oder strafrechtlichen dürften in Umweltangelegenheiten anzuwenden. Es gibt keine bestimmten Regeln in diesem Bereich. Der Seimas, das litauische Parlament (Seimas) der Republik ernennt einen Beamten, der Bürgerbeauftragte, der Menschenrechte und Grundfreiheiten schützt die Beschwerdeführerinnen untersucht Beschwerden über Amtsmissbrauch durch Beamte oder Bürokratie und zielt auf die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung. Der Antragsteller hat das Recht, eine Beschwerde bei der Bürgerbeauftragten des Seimas über die Bürokratie des Amtsmissbrauchs durch den Beamten, wenn er der Meinung ist, dass seine Rechte und Freiheiten verletzt wurden, wodurch (Artikel 5, 13 (1) Gesetz über den Bürgerbeauftragten des Seimas). Nach Abschluss der Untersuchung des Bürgerbeauftragten zu entscheiden:

1. Die Beschwerde anzuerkennen oder als gerechtfertigt zu erklären;
2. die Klage abzuweisen;
3. (Artikel 22 Absatz 1 der Beschwerde einstellen Gesetz über den Bürgerbeauftragten des Seimas).

Die Institution oder Agentur und Beamte, die mit diesem Vorschlag angegangen werden müssen (Empfehlung) (Empfehlung) einer Prüfung des Vorschlags des Bürgerbeauftragten und der Bürgerbeauftragte unterrichtet das Parlament über die Ergebnisse der Untersuchung, d. h. die Untersuchungsberichte (Artikel 20 Absatz 3 Gesetz über den Bürgerbeauftragten des Seimas). Nach dem Gesetz über die Staatsanwaltschaft, die Generalstaatsanwaltschaft ist eine staatliche Einrichtung unter der Leitung des Generalstaatsanwalts. Die Staatsanwaltschaft, die Generalstaatsanwaltschaft und territorialen Staatsanwaltschaften (regionale Staatsanwaltschaften, Bezirksstaatsanwaltschaften). Alle Staatsanwaltschaften müssen das öffentliche Interesse zu verteidigen, einschließlich Umweltfragen. Artikel 19 des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft, die den Schutz des öffentlichen Interesses. Die für den Umweltschutz zuständigen Institutionen einschließlich des Ministeriums für Umwelt, Environmental Protection Agency, die regionalen Umweltschutzämter, die andere staatliche Behörden (z. B. staatliche Aufsichtsbehörde für Raumplanung und Baugewerbe, Unternehmen, staatlichen Diensten für Schutzgebiete und Nationalparks Direktionen und die lokalen Regierungen) kann vor dem Verwaltungsgericht der Fall für den Schutz des öffentlichen Interesses. Einige territoriale Polizeistellen besondere Dienststellen für die Umwelt (z. B. in der Hauptstadt Vilnius). Andere territoriale Polizeibehörden haben Polizeibeamte, die für die Ermittlung von Verstößen vor. Sie zuständig für Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten. Die Strafprozessordnung sieht Fälle unter dem Strafgesetzbuch der Republik Litauen, wenn ein Strafverfahren eingeleitet werden können, wenn eine Beschwerde des Unfallopfers bzw. seines berechtigten Vertreters (Artikel 407 der Strafprozessordnung). In diesen Fällen nicht vorgerichtlichen Ermittlungen durchgeführt werden. Es gibt kein Beispiel in Umweltangelegenheiten. Es gibt mehrere Möglichkeiten von Klagen vor den Verwaltungsgerichten in Fällen von administrativen Untätigkeit und unangemessene Maßnahmen:

- die Klage auf Aufhebung einer rechtswidrigen Verwaltungsentscheidung;
- Die zu verpflichten, die staatliche Stelle, die eine Verwaltungsentscheidung;
- die Schadensersatzklage gegen eine öffentliche Behörde, wenn nachgewiesen ist, dass diese Untätigkeit oder ungeeignete Maßnahmen einen Schaden verursacht.

Es besteht die Möglichkeit zur Erhebung einer Beschwerde zum Schutz des Staates oder anderer öffentlicher Interessen bei der Staatsanwaltschaft, Organisationen, staatlichen Kontrolleure, anderen staatlichen Organen, Einrichtungen, Organisationen oder natürlichen Personen, sondern nur in den gesetzlich festgelegten Fällen (Artikel 56 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren).

VII. Klagebefugnis

Nach dem Gesetz über Verwaltungsverfahren alle interessierten Personen bei einem Gericht beantragen kann, seinen/ihren Schutz, das streitige Recht verletzt oder gesetzlich geschützte Interesse. Jeder Antragsteller hat ein Verwaltungsakt, Herausforderungen, um nachzuweisen, dass ein besonderes Interesse an der Nichtigklärung dieses Rechtsakts. Nur Anträge auf den Schutz eines Rechts des Einzelnen verletzt oder die Möglichkeit, bei einem Verwaltungsgericht Klage zulässig ist (Artikel 5 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren). Diese Regelung gilt für verschiedene Arten von Verfahren und unterschiedlichen Akteuren. Es ist allerdings möglich, Klage erheben zum Schutz des Staates oder andere öffentliche Interessen darstellen. Diese Möglichkeit für die beteiligten Einrichtungen umfassen, die Verwaltung der Staatsanwaltschaft, State Control Officers, anderen staatlichen Organen, Einrichtungen, Organisationen oder natürlichen Personen. Diese Möglichkeit kann jedoch nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen (Artikel 56 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren). Z. B. gemäß

Artikel 7 Absatz 8 des Gesetzes über den Umweltschutz, der betroffenen Öffentlichkeit eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen haben das Recht, vor einem Gericht Klage zu erheben. Wenn es um eine Beschwerde im Hinblick auf den Schutz des öffentlichen Interesses im Zusammenhang mit dem Schutz der Umwelt geltend zu dieser Rüge ist zulässig, da er auf den Umweltschutz gesetzlich vorgeschrieben. Diese Regel ist für alle Angelegenheiten (nicht nur für Umweltfragen). In einigen Fällen bieten die zusätzliche Rechtsvorschriften besteht und in welchen Fällen der Zugang zu den Gerichten vgl. z. B. Rechtssachen bezüglich der UVP und der IVVU. Artikel 15 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten wirtschaftlichen Tätigkeit ist die Möglichkeit vorgesehen, dass die betroffene Öffentlichkeit, Klage vor den Gerichten im Falle von EIA. Artikel 87 der Regelung über die Ausstellung, Erneuerung und Widerruf von IVU-Genehmigungen, genehmigt durch das Umweltministerium von Litauen im Jahr 2002 – laufende Nummer 80 sieht die Möglichkeit vor, dass der betroffenen Öffentlichkeit, Klage vor den Gerichten im Falle der IVVU-Richtlinie. Es gibt zusätzliche Regeln hinsichtlich der Möglichkeit für die betroffene Öffentlichkeit, Klage vor den Gerichten im Falle der UVP-Richtlinie (Artikel 15 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten wirtschaftlichen Tätigkeit) und des IPPC (Artikel 87 der Regeln für die Ausgabe, Erneuerung und Widerruf von IVU-Genehmigungen, genehmigt durch das Umweltministerium von Litauen im Jahr 2002 (laufende Nummer 80). Es gibt kein „Popularklage in Litauen. Der Bürgerbeauftragte könne keine Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Bescheid. Jedoch kann er sich an das Verwaltungsgericht mit dem Antrag auf Untersuchung der Rechtmäßigkeit der Statuten der Einrichtungen der staatlichen Verwaltung und Kommunalverwaltung. Er empfehlen kann, dass die Staatsanwaltschaft an das Gericht wendet sich dieser entsprechend dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren für den Schutz der öffentlichen Interessen zu vernachlässigen. Die Staatsanwaltschaft kann die Wahrung des öffentlichen Interesses bei den Verwaltungsgerichten. Sonstige staatliche Einrichtungen klagebefugt sind entweder vor den Verwaltungsgerichten zu handeln, wenn dies in ihrem eigenen Interesse ist, geltend zu machen oder zu verteidigen, oder bei der Wahrung des öffentlichen Interesses. Es gibt zusätzliche Regeln zur Klagebefugnis von Einzelpersonen/NRO und den Zugang zu den Gerichten in Umweltfragen in den Bereichen UVP und IPPC Verfahren

VIII. Rechtliche Vertretung

Parteien können bei Verwaltungsgerichten vertreten ihre Interessen selbst oder über Vertreter. Für Verwaltungsgerichte, die Teilnahme von Rechtsanwalt vorgeschrieben ist, in gerichtlichen Verfahren (einschließlich im Umweltbereich). Ein Rechtsanwalt ist auch vor dem Kassationsgericht (Oberster Gerichtshof von Litauen) (z. B. in den Fällen von Umweltschäden oder im Strafverfahren). Parteien und/oder ihre Vertreter müssen über einen Hochschulabschluss in Rechtswissenschaften vor dem Court of Appeal. Obligatorische Teilnahme ist in der Regel in Strafverfahren vor allen Gerichten der allgemeinen Gerichtsbarkeit. Es gibt spezialisierte Anwaltskanzlei in Umweltangelegenheiten (in der Regel den größten Anwaltskanzlei). Ist es möglich, die Listen der Anwälte finden in den folgenden Websites:

- <http://www.advoco.lt/>
- <http://www.infolex.lt/>

Es gibt mehrere NRO, die sich für den Schutz des öffentlichen Interesses in Umweltangelegenheiten, wie die litauische Fund for Nature und litauischen grünen Bewegung. Die litauische ökologischen Allianz wurde im Jahr 2004 gegründet. 9 Mitglieder sind derzeit in dieser Koalition.

IX. Nachweise

Die Parteien und die anderen Beteiligten Beweismittel für das Verfahren vorlegen. Die Vertragsparteien müssen nachweisen, dass die Umstände, auf die sie ihre Forderungen stützen und Antworten. Die verwaltungs- und zivilrechtlichen Verfahren gehören: Erklärungen der Parteien und Dritten (direkt oder über Vertreter), schriftliche Zeugenaussagen, Erklärungen, Nachweise, Belege, ein Sachverständigengutachten. Die Parteien und die anderen Beteiligten, dem Gericht Beweise vorzulegen. Falls erforderlich, kann das Gericht diese Person zur Vorlage ergänzender Beweismittel auf Antrag der betreffenden Person oder von Amts wegen die erforderlichen Unterlagen verlangen kann, oder Beiträge aus der Beamte beantragen. Im Zivilverfahren hat das Recht, das Gericht auf eigene Initiative Beweise sammeln von nur in Ausnahmefällen wie beispielsweise Fällen in Familiensachen und Arbeitskräfte. Das Gericht kann auch die Nachfrage und die Erhebung von Beweismitteln aus der anderen Vertragspartei einer anderen Partei oder dritten Parteien auf Anfrage. Kein Beweismittel vor den Gerichten einen vorausbestimmten Wert besitzt. Der Hof bewertet die Beweise nach ihren eigenen inneren Überzeugung stützt sich auf eine eingehende, umfassende und objektive Prüfung des Sachverhalts nach Maßgabe des Rechts sowie Justiz und Angemessenheit erfüllen. In Verwaltungsverfahren vor Einführung neuer Parteien können bis zum Ende der mündlichen Verhandlung zur Sache. Der Richter muss sich aktiv an der Sammlung von Beweismitteln bei der Festlegung sämtlicher erheblicher Umstände des Falles und müssen sich auf eine umfassende und objektive Prüfung. In Zivilverfahren vor Einführung neuer Parteien können bis zum Ende der mündlichen Verhandlung in der Sache. Im Zivilverfahren hat das Recht, das Gericht auf eigene Initiative Beweise sammeln von nur in Ausnahmefällen wie beispielsweise Fällen in Familiensachen oder Arbeitskräfte. Gutachten kann andere Nachweise vorzulegen

hat. Spezielle Erläuterungen, Stellungnahmen oder Schlussfolgerungen, die von den Parteien des Verfahrens auf eigene Initiative als ein Sachverständigengutachten nicht zugelassen sind. Sie gelten als Teile von schriftlichen Beweisen. Der Gerichtshof entscheidet, entweder von Amts wegen oder auf Antrag der Parteien prüfen, ob ein Sachverständiger im Verfahren. In der Regel wird ein Sachverständiger, bestimmte Fragen zu prüfen, wenn der Gerichtshof im Fall besonderer Bedürfnisse, künstlerischen, wissenschaftlichen, technischen oder medizinischen Fachkenntnisse. Gutachten, die keine anderen Nachweise für den Gerichtshof einen bestimmten Wert. Die Richter sind nicht bindend.

Unterlassungsverfahren, X.

Die Beschwerde oder die Klage vor dem Gericht gegen die Verwaltungsentscheidung keine aufschiebende Wirkung hat. Nur das Gericht die Verwaltungsentscheidung aufschiebende Wirkung könnte im Wege der einstweiligen Anordnung. Verwaltungsentscheidungen in der Regel unverzüglich nach ihrer Annahme (Durchsetzung), ungeachtet der Rechtsmittel. Nur der Gerichtshof kann vorläufige Maßnahmen gelten. Wenn die Verwaltungsentscheidung in Form der Rechtsakt erlassen wurde, die von der Regierung oder der Gemeinde in Verbindung mit der Veröffentlichung im Amtsblatt oder das Datum des Rechtsakts vorgesehen. Gibt es keine speziellen Vorschriften für den vorläufigen Rechtsschutz in Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten. Die Angabe kann in jeder Phase des Verfahrens vorläufige Maßnahmen zu treffen, wenn das Fehlen einer Forderung können zu sichern:

- a) die Vollstreckung der Entscheidung; oder
- b) zur Folge, dass die Entscheidung unwirksam.

Der Antrag auf einstweilige Anordnung vor Eröffnung des Verfahrens in der Hauptsache der Fall. Nach der Praxis der oberste Verwaltungsgerichtshof Litauens hat der Gerichtshof bei der Entscheidung über die einstweilige Anordnung in litauischer Sprache (sie werden als „administrative Maßnahmen sicherzustellen, muss die Angabe „vorläufig) Rechnung zu tragen, die Art der Forderung (gesichert werden soll), die faktische Grundlage für die Forderung, die Rechte gewährt, und durch die angefochtene Handlung diese Rechte tatsächlich verwirklicht. Der Gerichtshof kann nur dann entscheiden, ob das Erfordernis vorläufiger Maßnahmen im Rahmen der Umstände des Antrags zu dem Zweck angemessen ist und ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Gleichgewicht zwischen den Interessen der beteiligten Unternehmen und dem öffentlichen Interesse nicht verletzt werden. Entsprechend dem Grundsatz der Fairness, der bei der Prüfung der Voraussetzung der einstweiligen Maßnahmen, hat der Gerichtshof die Frage zu beantworten, ob die vorläufige Maßnahme würde dazu beitragen, die bisherige Rechtslage wiederherzustellen, wenn der Antrag in der Hauptsache erfüllt würden. In der Petition wird die Forderung zu gewährleisten, könnte nur akzeptiert werden, wenn sie die Beschwerde akzeptiert wird. Es besteht keine Möglichkeit, vorläufigen Rechtsschutz zu beantragen, ohne dass die administrativen Handlungen oder Unterlassungen anfechten können. In cross-undertaking besteht nicht die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz vor. Es handelt sich um das Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts zur Anordnung möglich. Sie hat jedoch keine aufschiebende Wirkung und die Fortsetzung des Verfahrens kann der Gerichtshof (Artikel 71 Absatz 5 BECKENGURT).

XI. Kosten

Die Klägerin bei den Verwaltungsgerichten Gerichtsgebühren entrichten sollten. Allerdings gibt es Ausnahmen in Fällen von Beschwerden zum Schutz des Staates oder anderer öffentlicher Interessen in Fällen, die den Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens, der durch rechtswidrige Handlungen oder Unterlassungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel. Andere litigation-related Kosten gehören:

1. Kosten für Zeugen, Sachverständige, Organisationen und Sachverständigen;
2. Kosten im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Termin und Ort der Verhandlung in der Presse;
3. Transportkosten;
4. Kosten für die Anmietung einer Wohnung im Ort des Gerichts;
5. andere notwendigen und angemessenen Ausgaben.

Die Antragsteller vor Zivilgerichten Gerichtsgebühren entrichten müssen. Es gibt Ausnahmen in den Fällen über die Entschädigung für materielle und immaterielle Schäden im Zusammenhang mit einer körperlichen Verletzungen, Tod, in den Rechtssachen betreffend den Schutz des öffentlichen Interesses unter der Angabe des Staatsanwalts, öffentlichen Einrichtungen und anderen Personen. Andere litigation-related Kosten gehören:

1. Kosten für Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und die Sachkenntnis der Behörden und die Kosten im Zusammenhang mit Inspektionen vor Ort;

2. Kosten für die Suche nach dem Beklagten;
3. die Kosten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Dokumenten;
4. Kosten in Bezug auf die Durchsetzung von Entscheidungen;
5. Kosten für die Vergütung der Verwalter;
6. Kosten für Anwälte oder Anwalts Assistenten;
7. die Kosten im Zusammenhang mit dem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes;
8. andere notwendigen und angemessenen Ausgaben.

Nach dem Gesetz über Verwaltungsverfahren, jeder Beschwerde beim Verwaltungsgericht (Antrag) unterliegt einer Stempelgebühr in Höhe von 100 LTL (ohne Ausnahme). Ein Rechtsmittel für die Überprüfung eines Urteils des Gerichtshofs müssen Gegenstand einer Stempelsteuer zum Satz von 50 % auf die Einlegung der Beschwerde mit dem Antrag (Gericht erster Instanz). Nach der Zivilprozessordnung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten stamp-duties lauten wie folgt:

Betrag der Forderung:	Stamp-duty
bei Ansprüchen bis zu 100 000 LTL	3 % der beantragten Menge stamp-duty (+ Indexierung – 50 LTL)
bei Ansprüchen bis zu 300,000 LTL	3,000 LTL zuzüglich 2 % der geltend gemachten Betrag von 100,000 LTL + Indexierung
für mehr als 300,000 LTL	7,000 LTL zuzüglich 1 % der geltend gemachten Betrag von mehr als 30,000 LTL (+ Indexierung stamp-duty – 30,000 LTL)

Bei Widersprüchen, Rechtsmittelverfahren und Anträge auf Verlängerung des Verfahrens wird die Höhe der Stempelsteuer. Eine Schätzung der litigation-related Honoraren und anderen Gebühren, mit Ausnahme von Anwaltskosten und die Kosten, die mit dem Antrag auf einstweilige Anordnung wird durch Beschluss der Regierung Nr. 344 vom 2002. Es gibt eine Empfehlung der Justizminister und der Vorsitzende der Anwaltskammer zum Rechtsanwalt (laufende Nr. 1R-85 des Justizministeriums vom 2004). Empfohlene maximale Vergütung berechnet sich anhand der Koeffizienten, die litauische Regierung auf der Grundlage des monatlichen Mindestgehalts betragen. Die monatlichen Mindestgehalts (MMS) vom 1. August 2012 wird mit 850 LTL. Der Koeffizient für z. B. eine Stunde für die Vertretung vor Gericht ist 0,15. Eine Schätzung der Anwaltskosten für die Prozesskostenhilfe geregelt wird Nummer 60 durch eine Entschließung der Regierung von 2001. Die Vergütung für Rechtsanwälte, die sekundäre Prozesskostenhilfe ist ständig 8.18 MMS je Monat. Die Arbeitszeit von Rechtsanwälten, die nicht die Dienstbezüge, die sekundäre Prozesskostenhilfe stets gleich 0,05 MMS. Es gibt Unterschiede zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens und, im Falle einer einstweiligen Anordnung einer einstweiligen Verfügung oder einer Einlage (cross-undertaking) ist nicht vorgesehen (es ist nicht notwendig, die im Gesetz über Verwaltungsverfahren). Im Zivilverfahren, das den Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen nur dann besteuert werden, wenn Sie vor Einreichung einer Klage geltend gemacht wird. In diesem Fall muss der Antragsteller die Hälfte der für diese Forderung stamp-duty. Die Zivilprozessordnung sieht das Recht des Rechnungshofes, eine Kautions zu verlangen, vorläufige Maßnahmen zur Anwendung der von der Klägerin. Die Kautions dient der Sicherung des Beklagten die einstweiligen Maßnahmen gegen Verluste auf ihn angewandt. Auch die Hinterlegung der Bankbürgschaft werden könnte. Die Höhe der Sicherheitsleistung hängt von der Fall und ist im Allgemeinen schwer zu beurteilen. Als allgemeine Regel gilt, dass die unterlegene Partei die Kosten zu tragen hat, einschließlich Stempelgebühren und Kosten im Zusammenhang mit dem ersten Gerichtsverfahren. Die Vertragsparteien sind ferner verpflichtet, die Kosten der obsiegenden Partei. Die stamp-duty Experten, Ausgaben für die Korrespondenz, in der Regel Kosten und andere Kosten in voller Höhe gezahlt werden. Aber die Kosten für die rechtliche Vertretung während des gerichtlichen Verfahrens herabgesetzt werden, entsprechend den Empfehlungen der Justizminister und der Vorsitzende der Anwaltskammer an. Diese Beträge werden jedoch lediglich empfohlen, und hängt von der Komplexität der Rechtssache, Gerichtsverfahren und sonstigen Faktoren. Handelt es sich jedoch um die absolute Mehrheit der zivil- und verwaltungsrechtlichen Verfahren Parteien verringern, staatliche Gerichte aufgefordert, ihre rechtliche Unterstützung für die Rechtsschutzversicherung gemäß den empfohlenen Mengen und die Zumutbarkeit.

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

Es gibt keine spezielle Regelung über die Verfahrenskosten der Verfahren in Umweltangelegenheiten. Beschwerden und Petitionen erhalten und vor den Verwaltungsgerichten erst nach der Zahlung der Stempelgebühr gesetzlich vorgeschrieben. Aus der Stempelgebühr mehrere Ausnahmen vorgesehen sind in Artikel 40 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren:

- Beschwerden und Petitionen im Zusammenhang mit der Verspätung, mit der die Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung zur Durchführung der zugewiesenen Aufgaben im Rahmen ihrer Zuständigkeit,
- die Gewährung oder Ablehnung der Renten,
- Verstöße gegen das Gesetz über Wahlen, Referenden und Gesetze,
- Petitionen und kommunale Bedienstete von staatlichen Bediensteten, wenn sie im Büro Rechtsbeziehungen betreffen,
- Ausgleich für Schäden, die durch eine natürliche Person oder Organisation durch rechtswidrige Handlungen/Unterlassungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, und
- Beschwerden im Zusammenhang mit dem Schutz der öffentlichen Interessen und einige andere Beschwerden und Petitionen.

Gibt es in Litauen ein Rechtsbeistand zur Seite. Das derzeitige System der Prozesskostenhilfe ist geregelt durch das Gesetz über Prozesskostenhilfe. Prozesskostenhilfe ist unterteilt in die primäre und sekundäre Prozesskostenhilfe. Die Prozesskostenhilfe umfasst Rechtsinformationen und Rechtsberatung außerhalb des gerichtlichen Verfahrens und für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist, und Ausländer, die Bürgerinnen und Bürger der EU, unabhängig von ihrer finanziellen Ressourcen. Sekundäre Prozesskostenhilfe umfasst die Vorbereitung der Verfahrensdokumente, Vertretung vor Gericht, Befreiung von der Stempelsteuer und sonstigen Kosten. Zugang zu sekundärer Prozesskostenhilfe hängt von der Höhe der Einkommen und Vermögen und umfasst 50 oder 100 Prozent der gesamten Verfahrenskosten. Einige Gruppen (z. B. Bezieher von Sozialleistungen), Prozesskostenhilfe erhalten können, und zwar unabhängig von ihrem Einkommen. Prozesskostenhilfe gewährt wird, sind durch besondere Dienstleistungen, die dem Justizministerium unterstellt. Die Versagung von Prozesskostenhilfe vor den Verwaltungsgerichten angefochten werden. Rechtshilfe wird auch in Umweltangelegenheiten ohne spezifische Regeln. Prozesskostenhilfe wird bestimmte Anforderungen in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Ressourcen und ihre Zulässigkeit. Sie haben Anspruch auf primäre oder sekundäre Prozesskostenhilfe, wenn sie sich einem litauischen Staatsbürger der EU oder Ausländer, die ihren rechtmäßigen Wohnsitz in Litauen oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Prozesskostenhilfe wird gewährt, wenn die Klage nicht offensichtlich unzulässig oder unbegründet. Die zusätzliche Bedingung für die sekundäre Prozesskostenhilfe besteht darin, dass der Immobilienwert nicht überschreitet und die jährlichen DI-Erträge. Der Wert der Immobilie und Einkommen von der Regierung der Republik Litauen. Prozesskostenhilfe für NRO ist nicht vorgesehen. Anwaltskanzleien keine kostenlose rechtliche Unterstützung in Litauen. Alle Fälle von ökologischen Kliniken. Es gibt keine spezifischen umweltrechtlichen Kliniken. Diese Einrichtungen sind:

- Die Krankenstation der Universität Vilnius: <http://www.teisesklinika.lt>
- Die Krankenstation der Mykolas-Romeris-Universität: http://www.mruni.eu/lt/universitetas/fakultetai/teisines_fakultetas/teisines_pagalbos_centras/apie_centra/

Die Kliniken für primäre Prozesskostenhilfe zuständig sind. Die Prozesskostenhilfe wird auch durch die Kommunen und durch das Justizministerium Informationen Büros in mehreren Städten (Kaunas, Klaipėda, Šiauliai, Druskininkai und andere).

Die sekundäre Prozesskostenhilfe gewährt wird, bis 5 zu besonderen Dienstleistungen (in Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai und Panevėžys), die unter der Aufsicht des Ministeriums für Justiz. Umweltorganisationen sind verantwortlich für den Schutz der Umwelt in Litauen. Sie sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Es gibt einige weitere Organisationen, die über das Internet kostenlos in Rechtsfragen beraten lassen. Es gibt keine spezifischen Environmental Lawyers, die für die Öffentlichkeit kostenlos zugänglich.

XIII. Aktualität

Eine Verwaltungsstelle erhebt das Verwaltungsverfahren abgeschlossen und die Entscheidung des Verwaltungsverfahrens innerhalb von 20 Arbeitstagen ab dem Beginn des Verfahrens. Der öffentliche Auftraggeber kann die Eröffnung des Verwaltungsverfahrens die Frist verlängern, um bis zu 10 zusätzliche Arbeitstage, aus objektiven Gründen, wenn das Verwaltungsverfahren nicht innerhalb der festgesetzten Frist. Eine Person wird über die Verlängerung der Frist für das Verwaltungsverfahren (schriftlich oder per E-Mail erhalten, wenn der Antrag per E-Mail) wurde, und die Gründe für die Fristverlängerung (Artikel 31 des Gesetzes über die öffentliche Verwaltung). Ein Verwaltungsgericht einleiten kann, wenn eine öffentliche Behörde nicht an das Verwaltungsorgan während der Frist der Entscheidung und dem Kläger ein Schaden entstanden ist. Die Rechtsvorschriften in mehreren Bereichen wurde ein System der stillschweigenden Annahme in Kraft. Das Schweigen der Verwaltung verursacht das Entstehen einer stillschweigenden Annahme innerhalb der gesetzlich festgelegten Zeitraum. Es gelten keine besonderen Fristen für Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten. Gelten die allgemeinen Regeln. In der Regel sind für

Verwaltungssachen, die Vorbereitung der abgeschlossen sein muss, bevor das Gericht spätestens einen Monat nach dem Tag der Beschwerde (Antrag). Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht muss abgeschlossen und eine Entscheidung in der ersten Instanz spätestens zwei Monate nach der Verhandlung der Rechtssache an den Gerichtshof nicht, wenn das Recht, eine kürzere Laufzeit.

Gegebenenfalls kann die Probezeit bis zu einem Monat verlängert werden. In Fällen, in denen es um die Rechtmäßigkeit der normativen Handlungen der Verwaltung kann die Frist um bis zu drei Monate verlängert werden. Erstellt werden, wird die Entscheidung mitgeteilt und der Öffentlichkeit allgemein am selben Tag nach Anhörung der Fall ist. Entscheidungen im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten und anderen komplexen Fällen angekündigt werden können, spätestens jedoch für nicht mehr als 10 Tage nach Abschluss der Anhörung (in der Praxis ihre Verwendung in fast allen Fällen). Wenn das Recht auf eine gerichtliche Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist die betreffende Person einen Schaden verursacht hat, eine Entschädigung für den erlittenen Schaden erhalten können. Diese Möglichkeit ist nach dem Gesetz über die Entschädigung für Schäden, die durch öffentliche Behörden.

XIV. Sonstiges

Alle Antragsteller müssen nachweisen, dass ein Verwaltungsakt Herausforderungen ein besonderes Interesse an der Nichtigklärung des Rechtsakts. Eine Nichtigkeitsklage gegen einen Verwaltungsakt ist nur zulässig, wenn sie – wenn sie Rechtswirkungen entfaltet, verstößt gegen die Rechte und Pflichten des Antragstellers. Eine Klage, die nur im Rahmen eines Verfahrens für die Entwicklung einer weiteren wichtigen Entscheidung oder eine einfache Information keine Rechte oder Pflichten begründen und kann nicht für die Person vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden. Diese allgemeinen Vorschriften gelten in Umweltangelegenheiten. Das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen ist der allgemeine Grundsatz des Umweltschutzgesetzes und der Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, genehmigt durch Beschluss der Regierung Nr. 1175 vom 1999. Derzeit ist die alternative Streitbeilegung nicht in Verwaltungsstreitsachen in Litauen. Die jüngste Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu nutzen, auf die Absicht der Friedensvertrag zur Beilegung von Streitigkeiten (auch in Umweltfragen). Die Mediation ist nicht wirklich in der Praxis eingesetzt werden; Diese Idee wird langsam, aber den entsprechenden Gegenwert in Litauen.

. XV. Ein Ausländer, der

Artikel 29 der litauischen Verfassung verankert den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz für alle Bürger, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines sozialen Status, seiner Weltanschauung, seiner Überzeugungen oder Ansichten. Viele Gesetze haben diesen Artikel der Verfassung. Artikel 6 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren in Verwaltungssachen bestimmt, dass nur von den Gerichten umgesetzt wird, die Gleichheit vor dem Gesetz und der Gerichtshof ungeachtet des Geschlechts, der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, der Herkunft, der gesellschaftlichen Stellung, des Glaubens, der Überzeugungen und Einstellungen, Tätigkeiten oder die Art, den Aufenthalt und sonstige Umstände. Nur die litauische Sprache vor den Gerichten verwendet werden sollten. Artikel 9 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren sieht vor, dass in der administrativen Entscheidungen fällen und in die litauische Sprache veröffentlicht. Alle beim Gerichtshof eingereichten Dokumente ins Litauische übersetzt werden müssen. Personen, die kein Litauisch sprechen, haben Anspruch auf die Dienste eines Dolmetschers zurückgreifen müssen. Der Dolmetscher wird aus dem Staatshaushalt finanziert (Artikel 9 des Gesetzes über das verwaltungsgerichtliche Verfahren).

XVI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

Artikel 32 Umweltschutzgesetz sieht vor, dass Streitigkeiten zwischen natürlichen und juristischen Personen der Republik Litauen und anderer Staaten in einer Weise abgewickelt werden, werden durch Gesetz der Republik Litauen, es sei denn, in internationalen Übereinkommen der Republik Litauen nichts anderes vorgesehen ist. Die Zulässigkeit der Klage ist vor einem litauischen Gericht auf rechtlich möglich unter Bedingungen in zivilrechtlichen Verfahren oder Verwaltungsverfahren beziehen. Der Begriff des öffentlichen Interesses nicht speziell im grenzüberschreitenden Kontext. Die allgemeine Regelung gilt (insbesondere über die Zulässigkeit von Anträgen durch den Begriff des Rechtsschutzinteresses). Erkennt an, dass die litauische Verwaltungsrecht ein gleichberechtigter Zugang zu den Verwaltungsgerichten oder eine NRO für Personen mit Wohnsitz im Ausland auf der gleichen Grundlage wie die Antragsteller mit Wohnsitz in Litauen zu verwenden. Die Bürgerinnen und Bürger oder Ausländer, die ihren rechtmäßigen Wohnsitz in Litauen oder in einem anderen Land der EU Prozesskostenhilfe erhalten können. Eine Klausel über die gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen möglich ist. Es hat die Form einer vertraglichen Bestimmung, wonach die Vertragsparteien vereinbaren, mit dem die Beilegung einer Streitigkeit vor einem Gericht zuständig, die normalerweise nicht. Dabei kann es sich um die sachliche Zuständigkeit oder der örtlichen Zuständigkeit. Dieser Abschnitt gilt nur für Streitigkeiten aus dem Vertrag. Dieses Verfahren ist jedoch nicht für verwaltungsrechtliche Streitsachen vor Verwaltungsgerichten. Die Möglichkeit der Wahl zwischen den Gerichten könnte eine internationale Vereinbarung möglich sein.

Links zum Thema

<http://www.glis.lt>

<http://www.aplinkosauga.lt/>

<http://www.zalieji.lt%29/>

<http://www.teisinepagalba.lt/>

<http://www.teisesforumas.lt/>

<http://www.jusuteise.lt/>

<http://www.e-juristai.lt/>

<http://www.am.lt/>

<http://www.gamta.lt/>

übersetzter Inhalt

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016